

Es gilt das gesprochene Wort

Rede zum 96. Jahrestag
des Türkischen Genozides an den Armeniern
24. April 2011 in
der Frankfurter Paulskirche
Erika Steinbach MdB

Anrede

Alljährlich erinnern Armenier weltweit am 24. April an den an ihrem Volk begangenen Völkermord im Osmanischen Reich.

Für die meisten Menschen bleibt die Vokabel Völkermord, Genozid gesichtslos. Es ist eine abstrakte Botschaft, die in einer gewaltigen Flut von Informationen selbst heute noch verblasst und schließlich untergeht. Es ist zudem für viele unvorstellbar, welch grauenvolle menschliche Schicksale damit verbunden sind. Das menschliche Vorstellungsvermögen reicht nicht aus oder es versperrt sich dem dahinter verborgenen Schrecken. Man schiebt es weg, man will sich davor schützen.

Je größer Zahlen von Opfern sind, desto unbegreifbarer werden sie, desto weniger können sich Menschen einfühlen.

Zahlen in Größenordnungen von Millionen haben etwas Beklemmendes:

Die Schicksale und die Qualen von Menschen verschwinden dahinter.

Vom Massenmörder Josef Stalin ist der sarkastische Satz überliefert:

„ein Toter ist eine Tragödie. Eine Million sind Statistik.“

Darauf bauen die Täter.

Genau heute vor 96 Jahren begannen die türkischen Vernichtungsaktionen am armenischen Volk im Osmanischen Reich:

Am 24. April 1915.

Mit diesem Tag begann das Martyrium der Armenier, das nur wenige überlebt haben und von dem sie sich selbst noch keine Vorstellungen machen konnten.

Schon vor diesem Tag kam es immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen auf die armenische Volksgruppe.

So gibt es Berichte, dass bereits zwischen 1894 und 1896 die Armenier „wie Schafe abgeschlachtet“ wurden.

Gewalterfahrung war an diesem 24. April 1915 für die Armenier nichts Neues. Aber wohl niemand konnte sich vorstellen, was auf sie zukommen würde.

Es begann mit der Verhaftung und Verschleppung der kulturellen Elite der armenischen Untertanen im Osmanischen Reich. Den nachfolgenden Deportationen, Todesmärschen und Massakern fielen nach unabhängigen Berechnungen zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Armenier gnadenlos zum Opfer.

Frauen, Kinder und Alte wurden ab Frühjahr 1915 auf Todesmärschen in die syrische Wüste geschickt. Die geplante und gewollte Folge war das massenhafte Sterben dieser Ärmsten. Wie der Historiker Arnold J. Toynbee feststellte, war es das erklärte Ziel, so viele Armenier wie möglich auf einen Schlag zu vernichten.

In den Gebieten, aus denen die Armenier verschleppt wurden, siedelte die osmanische Regierung muslimische Untertanen an.

Kirchen und Klöster wurden zerstört, ganze Dörfer vernichtet. Männer, Frauen und Kinder in Kirchen eingesperrt und verbrannt. Die Grausamkeiten waren grenzenlos.

Neben den Armeniern waren auch Angehörige anderer christlicher Volksgruppen, insbesondere aramäisch/assyrische und chaldäische Christen von Deportation und Massakern betroffen.

Nur vereinzelt gab es Widerstand und Kritik ranghoher türkischer Beamter und Kritik aus dem osmanischen Parlament.

Das jung-türkische Regime reagierte mit brutaler Ablehnung.

Im Schatten des 1. Weltkrieges fiel dieser ganze dramatische Vorgang weitestgehend aus dem Blickfeld der Weltöffentlichkeit, obwohl die Diplomaten vieler Länder sehr wohl Kenntnis davon hatten. Der Völkermord wurde zwar in der europäischen Presse hier und da diskutiert, es gab auch Proteste, aber es erfolgte keine Reaktion das Drama zu unterbinden. Auch Deutschland machte keine Ausnahme.

Als der evangelische Theologe Dr. Johannes Lepsius am 7. Oktober 1915 in der Pressevereinigung im Deutschen Reichstag die Ergebnisse seiner im Juli/August 1915 in Istanbul durchgeführten Recherchen vortrug, wurde das gesamte Armenien-Thema von der deutschen Reichsregierung unter Zensur gestellt. Man wollte seinem türkischen Bündnispartner im 1. Weltkrieg nicht in die Parade fahren.

Der Zentralrat der Armenier in Deutschland hat im Jahre 2008 in Berlin erschütternde Fotos des Schriftstellers Arnim T. Wegner von der massenhaften Vertreibung und Ermordung der Armenier der Öffentlichkeit in einer Ausstellung zugänglich gemacht. So sind am Wegesrand der Todeskarawanen völlig abgemagerte Menschen mit ihren kümmerlichen Habseligkeiten, verhungerte Frauen und Kinder zu sehen.

Wegner hat diese Aufnahmen heimlich als Sanitätsgefreiter auf dem Marsch von Konstantinopel nach Bagdad gemacht, trotz strikten Verbotes.

Als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen stehe ich an der Seite der Armenier. Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ der deutschen Heimatvertriebenen will nicht nur an das eigene Schicksal erinnern, sondern wir stellen uns ausdrücklich an die Seite anderer Völker, die Opfer von Genozid oder Vertreibung geworden sind. Nichts dokumentiert das besser als der von uns gestiftete Franz-Werfel-Menschenrechtspreis. Der Name wurde bewusst gewählt. Franz Werfel hat mit seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ dem Genozid an den Armeniern ein unsterbliches Denkmal gesetzt hat.

Erster Preisträger im Jahr 2003 war ihr Freund, liebe Armenier, Dr. Mihran Dabag. Damit haben wir seitens der deutschen Vertriebenen ein deutliches Zeichen der Solidarität gesetzt.

Anlässlich des 90. Jahrestages des Auftaktes zum Genozid am armenischen Volke im Jahre 2005, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich in einem Antrag solidarisch an die Seite der Armenier gestellt.

Erstmals wurde damit im Jahre 2005 dieses Drama zum Thema im Deutschen Bundestag.

Darin haben wir die damalige Bundesregierung unter Gerhard Schröder aufgefordert dafür einzutreten, „dass sich die Türkei mit ihrer Rolle gegenüber dem armenischen Volk in Geschichte und Gegenwart vorbehaltlos auseinandergesetzt“ und dass „sie sich für die Gewährung der Meinungsfreiheit in der Türkei, insbesondere auch bezüglich der Massaker an den Armeniern, einsetzt“.

Das Osmanische Reich und die heutige Türkei haben es gemeinsam geschafft, dass von einstmalig 30% Christen zu Beginn des 20. Jahrhunderts in diesem Lande heute nur noch 0,15 % Christen in einer einst urchristlichen Region leben.

Nicht nur den Armeniern, sondern auch den Aramäern, den assyrischen und chaldäischen Christen wurden im Verlaufe von nicht einmal 100 Jahren die Existenz oder das Leben geraubt. Nach Genozid und Mord folgten Druck und Diskriminierung der Überlebenden.

Was ist seither geschehen? Nichts!

Hat die Türkei sich zu ihrer Verantwortung für das schreckliche Erbe bekannt? Nein!

Gibt es eine Entschuldigung für diesen Genozid? Nein!

Allerdings, wenn man die türkische Verfassung liest, so blühen Demokratie, Meinungs- und Religionsfreiheit.

Die Realität sieht deutlich anders aus. Mor Gabriel, eines der ältesten christlichen Klöster, muss um seine Existenz kämpfen.

Die Beleidigung des Türkentums steht immer noch als Straftatbestand im Gesetz.

Und wer die Armenierfrage ausspricht, ist mit dieser Begründung häufig genug schnell im Gefängnis.

Christliche Geistliche dürfen nicht ausgebildet werden, Kirchen nicht gebaut werden.

Von Kundigen wird einem geraten, auch in Istanbul oder Ankara – angeblich europäisch geprägten Städten – keine Halskette mit Kreuz zu tragen, es könnte der Gesundheit schaden.

Vor vier Jahren wurde Hrant Dink in Istanbul ermordet. Er war Mitglied in der armenischen Überlebengemeinschaft in der Türkei und engagierte sich als Journalist für die Wahrheit – die ganze Wahrheit. Das war tödlich.

Diesen Januar wandte sich die Familie Dink in einem Schreiben an die türkische Regierung und

- forderte Ermittlungen, weshalb die Verantwortlichen, obwohl sie von der bevorstehenden Ermordung Hrant Dinks Kenntnis hatten, nichts dagegen unternommen haben
- und Ermittlungen gegen jene, die nach dem Mord Beweismittel vernichtet, Unterlagen manipuliert haben, und den Mörder wie einen Helden behandelt haben.

Allein diese Fragen der Familie des Mordopfers machen die Defizite in der Türkei deutlich.

Der türkische Autor und Menschenrechtler Dogan Akhanli hat kürzlich in einem Interview sehr eindrucksvoll Solidarität mit dem armenischen Schicksal bekundet als er sagte: „Hrant Dink musste sterben, damit wir den Mund aufmachen. Das ist der Schmerz, der mich umtreibt. Und dieser Schmerz wird nur dann aufhören, wenn mein Land dieses Verbrechen anerkennt.....Wenn die türkische Gesellschaft, nicht nur der Staat, dieses Verbrechen nicht anerkennt, wird es nicht zur Versöhnung kommen.“

Das ist, wenn man das türkische Klima kennt, eine ungeheuer mutige Aussage.

Als Menschenrechtspolitikerin wünsche ich mir einen beständig anwachsenden Chor von Mutigen. Kleine Lichtblicke in der Zivilgesellschaft gibt es seit dem Tod Hrant Dinks.

Zum Beispiel die Initiative einer Gruppe türkischer Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, die 2009 öffentlich postulierte, dass sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren könne, die Katastrophe, die über die Armenier hereinbrach, zu leugnen. Sie entschuldigten sich dafür.

Seitens der türkischen Regierung müssen die Opfer des Genozids bis zum heutigen Tage auch nur auf einen Hauch von Mitgefühl warten, von einer Entschuldigung ganz zu schweigen.

Ich fordere von hier aus den Ministerpräsidenten der Türkei auf, sich der Verantwortung seines Landes zu stellen, endlich zu stellen und sich bei den Nachfahren der Opfer zu entschuldigen.